

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden* vom 8. April 2005

4231 a

Personalgesetz (Änderung; Kündigungsschutz)

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 15. Dezember 2004 und in den Antrag der Kommission Staat und Gemeinden vom 8. April 2005,

beschliesst:

Das Personalgesetz vom 27. September 1998 wird wie folgt geändert:

§ 13. Abs. 1 und 2 unverändert.

Dauer im
Allgemeinen

Alle diesem Gesetz unterstehenden Arbeitsverhältnisse, ungeachtet des Beschäftigungsgrades, werden für die Berechnung der Dienstjahre berücksichtigt. Unbezahlte Urlaube, soweit sie insgesamt sechs Monate übersteigen, sowie Verlängerungen der Arbeitsverhältnisse gemäss § 26 Abs. 6 werden nicht angerechnet.

§ 18. Die Kündigung wird durch die Anstellungsbehörde schriftlich mitgeteilt. Innerhalb von 30 Tagen kann die oder der Angestellte eine Begründung verlangen, andernfalls wird das Recht auf Anfechtung verwirkt. In der Kündigung ist auf den Begründungsanspruch und die Verwirkungsfolge hinzuweisen.

Kündigungsschutz
1. Verfahren und Voraussetzungen der Kündigung,
Entschädigung

Abs. 2 und 3 unverändert.

* Die Kommission für Staat und Gemeinden besteht aus folgenden Mitgliedern: Bruno Walliser, Volketswil (Präsident); Dr. Ueli Annen, Illnau-Effretikon; Susanne Bernasconi-Aeppli, Zürich; Hugo Buchs, Winterthur; Pierre-André Duc, Zumikon; Dr. Matthias Gfeller, Winterthur; Benedikt Gschwind, Zürich; Jacqueline Gübeli, Horgen; Patrick Hächler, Gossau; Ruedi Hatt, Richterswil; Felix Hess, Mönchaltorf; Werner Honegger, Bubikon; Heinz Jauch, Dübendorf; Ernst Meyer, Andelfingen; Hansruedi Schmid, Richterswil; Sekretärin: Jacqueline Wegmann.

2. Kündigung im Zusammenhang mit der Leistung oder mit dem Verhalten

§ 19. Bevor die Anstellungsbehörde eine Kündigung auf Grund mangelnder Leistung oder unbefriedigenden Verhaltens ausspricht, räumt sie der oder dem Angestellten eine angemessene Bewährungsfrist von längstens sechs Monaten ein. Von einer Bewährungsfrist kann ausnahmsweise abgesehen werden, wenn feststeht, dass sie ihren Zweck nicht erfüllen kann.

Vorwürfe, die zu einer Kündigung Anlass geben, müssen durch eine Mitarbeiterbeurteilung oder durch ein gleichwertiges Verfahren belegt werden.

3. Kündigung zur Unzeit

§ 20. Tatbestand und Rechtsfolgen der Kündigung zur Unzeit richten sich nach den Bestimmungen des Obligationenrechts. Keine Anwendung finden diese Bestimmungen auf Fälle der Verlängerung des Arbeitsverhältnisses gemäss § 26 Abs. 6.

Abs. 2 unverändert.

4. Kündigungsschutz bei Diskriminierung auf Grund des Geschlechts

§ 21. Der Kündigungsschutz bei Diskriminierung auf Grund des Geschlechts richtet sich nach dem Gleichstellungsgesetz.

Abfindung

§ 26. Angestellte mit wenigstens fünf Dienstjahren, deren Arbeitsverhältnis auf Veranlassung des Staates und ohne ihr Verschulden aufgelöst wird, haben Anspruch auf eine Abfindung, sofern sie mindestens 35-jährig sind. Angestellten mit Unterstützungspflichten kann bei drohender Notlage eine Abfindung bereits vor dieser Altersgrenze oder bei weniger als fünf Dienstjahren ausbezahlt werden.

Abs. 2–4 unverändert.

Die Abfindung wird nach den Umständen des Einzelfalles festgelegt. Angemessen berücksichtigt werden insbesondere die persönlichen Verhältnisse, die Dienstzeit, der Kündigungsgrund, die aktuellen Stellenmarktchancen sowie der neue Lohn, falls der oder die Angestellte beim Kanton, einem massgeblich vom Kanton subventionierten Betrieb sowie bei einer zürcherischen Gemeinde oder einem kommunalen Zweckverband in weitgehender Übereinstimmung mit den Regelungen des kantonalen Personalrechts weiterbeschäftigt wird. Vorbehalten bleibt eine Nachforderung des oder der Angestellten, wenn die Neuanstellung nicht während der Mindestdauer des Abfindungsanspruchs aufrechterhalten bleibt oder unverschuldet im Pensum oder Lohn reduziert wird. Leistungen der Versicherungskasse für das Staatspersonal beginnen nach Ablauf der Abfindungsdauer.

An Stelle einer Abfindung kann auf Verlangen der oder des Angestellten eine Verlängerung des Anstellungsverhältnisses für die Abfindungsdauer vereinbart werden. Die Angestellten sind vorbehaltlich anders lautender Vereinbarung freigestellt. Bei Antritt einer neuen Stelle wird das Anstellungsverhältnis aufgelöst und eine reduzierte Abfindung gemäss Abs. 5 ausgerichtet.

Wer eine Abfindung zugesprochen erhalten hat, informiert die verfügende Stelle über das Einkommen während der Abfindungsdauer. Die verfügende Stelle fordert Abfindungen, die sich als ungerechtfertigt erweisen, zurück.

Minderheitsantrag von Ruedi Hatt, Susanne Bernasconi-Aeppli, Pierre-André Duc, Felix Hess, Werner Honegger, Ernst Meyer und Bruno Walliser:

§ 26. *Angestellte mit wenigstens fünf Dienstjahren, deren Arbeitsverhältnis auf Veranlassung des Staates und ohne ihr Verschulden aufgelöst wird, haben Anspruch auf eine Abfindung, sofern sie mindestens 35-jährig sind. Angestellten mit Unterstützungspflichten kann bei drohender Notlage eine Abfindung bereits vor dieser Altersgrenze oder bei weniger als fünf Dienstjahren ausbezahlt werden.* Abfindung

Abs. 2–4 unverändert.

Die Abfindung wird nach den Umständen des Einzelfalles festgelegt. Angemessen berücksichtigt werden insbesondere die persönlichen Verhältnisse und die Arbeitsmarktchancen, die Dienstzeit und der Kündigungsgrund. Angestellten, die während der Abfindungsdauer neues Einkommen erzielen, wird die Abfindung angemessen gekürzt. Der Regierungsrat regelt die Grundsätze für die Kürzung. Leistungen der Versicherungskasse für das Staatspersonal beginnen nach Ablauf der Abfindungsdauer.

An Stelle einer Abfindung kann auf Verlangen der oder des Angestellten eine Verlängerung des Anstellungsverhältnisses für die Abfindungsdauer vereinbart werden. Die Angestellten sind vorbehaltlich anders lautender Vereinbarung freigestellt. Bei Antritt einer neuen Stelle wird das Anstellungsverhältnis aufgelöst und eine reduzierte Abfindung gemäss Abs. 5 ausgerichtet.

Wer eine Abfindung zugesprochen erhalten hat, informiert die verfügende Stelle über das Einkommen während der Abfindungsdauer. Die verfügende Stelle fordert Abfindungen, die sich als ungerechtfertigt erweisen, zurück.

Zürich, 8. April 2005

Kommission für Staat und Gemeinden
Der Präsident: Die Sekretärin:
Bruno Walliser Jacqueline Wegmann